



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 17.10.2008  
SEK(2008) 2620

**ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN**

zur

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Bekämpfung der Entwaldung und der Waldschädigung zur Eindämmung des  
Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt**

**ZUSAMMENFASSUNG DER FOLGENABSCHÄTZUNG**

{KOM(2008) 645 endgültig}  
{SEK(2008) 2618}  
{SEK(2008) 2619}

In den letzten fünf Jahren sind jährlich zwischen 11,8 und 13 Millionen Hektar Wald verloren gegangen. Das ist ein alarmierender Trend, zumal in den vergangenen 20 Jahren kein nennenswerter Rückgang dieser Abholzungsrate zu verzeichnen war.

Die Gründe für Entwaldung und Waldschädigung sind eine Kombination direkter und indirekter wirtschaftlicher, institutioneller, politischer, natürlicher und sozialer Faktoren, wie z. B. der Bedarf an landwirtschaftlicher Entwicklung und Ausbau von Infrastrukturen oder die Unfähigkeit von Regierungen, diese wertvollen Güter zu schützen. Die Folge ist, dass Wälder oft verloren gehen oder geschädigt werden, obwohl dies nicht im langfristigen Interesse der Länder liegt.

Hohe Entwaldungsraten haben schwerwiegende Folgen für das Weltklima. Die Wälder spielen eine wichtige Rolle im globalen Kohlenstoffkreislauf, da sie etwa die Hälfte des an Land befindlichen Kohlenstoffs der Welt speichern. Im Jahr 2004 entfielen 17,4 % der globalen jährlichen Treibhausgasemissionen auf den Forstsektor. Daher ist es unwahrscheinlich, dass die Ziele der Kommissionsmitteilung „Begrenzung des globalen Klimawandels auf 2 Grad Celsius - Der Weg in die Zukunft bis 2020 und darüber hinaus“ erreicht werden können, ohne dass zusätzlich zu den anderen in dieser Mitteilung vorgeschlagenen Maßnahmen auch die Treibhausgasemissionen verringert werden, die auf Entwaldung und Waldschädigung zurückzuführen sind. Die Bekämpfung von Entwaldung und Waldschädigung dürfte auch dazu führen, dass die Biodiversität und die Ökosystemgüter und -leistungen des Waldes bestmöglich geschützt werden. Damit können auch lokale Bevölkerungsgruppen unterstützt und die Armut bekämpft werden.

Das Ziel ist, den weltweiten Verlust an Waldflächen bis spätestens 2030 aufzuhalten und die Abholzung der Tropenwälder bis 2020 um mindestens 50 % gegenüber den derzeitigen Werten zu verringern. Mit diesem Ziel vor Augen wird eine Reihe von Optionen untersucht.

„Business as usual“ wäre in mehrerlei Hinsicht keine zufriedenstellende Option. Eine erste Option, die darin besteht, ein multilaterales Umweltübereinkommen zu fördern, mit dem die Entwaldung aufgehalten und umgekehrt werden soll, wird als undurchführbar verworfen. Analysiert wird auch eine zweite Option, die eine Verstärkung der geltenden Politiken/Instrumente vorsieht. Zu den im Rahmen dieser zweiten Option untersuchten Politiken gehören eine bessere Kohärenz der Politik auf EU-Ebene, die Stärkung von Institutionen und Verwaltungssystemen in Drittländern und die Förderung wirksamer multilateraler Reaktionen. Dies könnte zwar positive Auswirkungen haben, aber um das genannte Ziel zu erreichen, sind noch weitere Maßnahmen notwendig.

Aus diesem Grund wird eine dritte Option für die Beschaffung neuer Finanzmittel untersucht, um Entwaldung und Waldschädigung aufzuhalten. Hierfür gibt es beispielsweise folgende Möglichkeiten:

- Einrichtung eines neuen globalen Waldkohlenstoffmechanismus;
- Prüfung der Aufnahme der Entwaldung in die Kohlenstoffmärkte.

Untersucht wird auch eine Reihe technischer Parameter, die mit der Abdeckung, den Kriterien, der Überwachung und den Zahlungsmechanismen einer solchen Option zusammenhängen.

Die bevorzugte Option bis 2020 ist eine Kombination aus der Verstärkung der geltenden Politiken/Instrumente und der Einrichtung eines globalen Waldkohlenstoffmechanismus zur Beschaffung neuer Finanzmittel aus Versteigerungseinkünften. Eine direkte Verbindung mit dem Kohlenstoffmarkt über Gutscheine für die Reduzierung von auf die Entwaldung zurückzuführenden Emissionen könnte weiter geprüft werden. Diese Optionen sollten 2009 in das globale Klimaschutzübereinkommen von Kopenhagen einfließen, zu dem die EU ihren Beitrag leisten wird.

Diese Folgenabschätzung ist jedoch nur *ein* Schritt in einem längeren Prozess. Die bevorzugte Option muss noch genauer ausgearbeitet werden, insbesondere was die Ausgestaltung des globalen Waldkohlenstoffmechanismus betrifft. Dies wird rechtzeitig vor den abschließenden UNFCCC-Verhandlungen im Dezember 2009 geschehen.